

Diese Ausgabe des «hoi du» sollte ursprünglich zum Staatsfeiertag erscheinen, d.h. die Beiträge entstanden in der ersten August-Hälfte. Dem einen oder anderen Beitrag mag man dies anmerken, da in den letzten Tagen zu den entsprechenden Themen weitere Wortmeldungen zu vernehmen waren. Doch die meisten hier aufgegriffenen Themen sind auch für den September-Landtag traktandiert, weshalb dieses «hoi du» auch eine Vorschau auf den politischen Herbst bietet.

## Landesspital, oder was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?

von Harry Quaderer

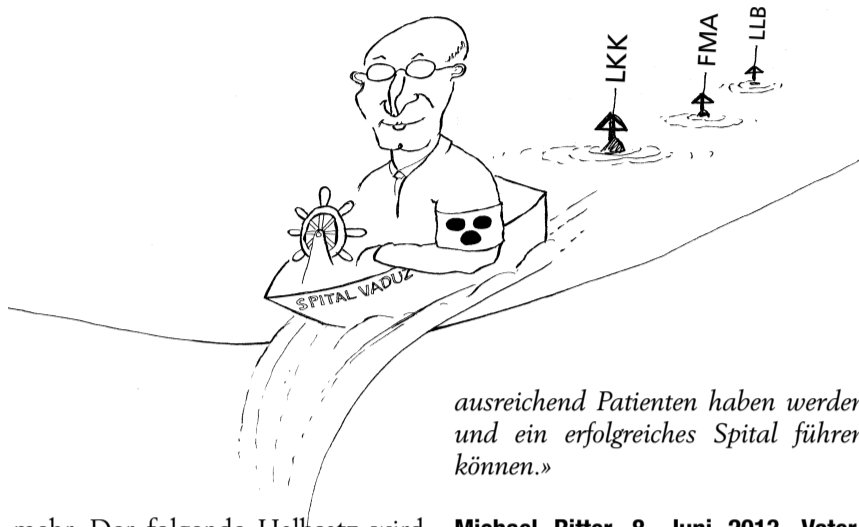
Lassen wir die unendliche Geschichte rund ums Landesspital Revue passieren. Noch nicht vor all zu langer Zeit schien mit unserem Spital eigentlich alles zum Besten bestellt. Doch dann platzte die Bombe. Das LLS ist in Geldnöten. Was könnte der Grund dafür sein? Eine über Jahre hinweg falsche Planung und Ausrichtung auf Wettbewerb ist die ebenso einfache wie klare Antwort. Die Hauptverantwortlichen (Stiftungsrat und dessen Präsident) und auch die Politik (Regierung und Landtag) haben diesen desaströsen Konkurrenzkampf im Spitalwesen bisher unterstützt. Dass es dem LLS aber an Patienten fehlt, wird ignoriert. Mit Nachtragskrediten soll die Fehlentscheidung auf weitere Jahre am Leben erhalten werden. Warum wird das Übel nicht an der Wurzel angepackt? Zuerst einmal sollte man den Hauptverantwortlichen erklären, was Wettbewerb im Gesundheitswesen bedeutet.

### Zitat aus Medinside – dem Portal der Gesundheitsbranche

Ein neuer privater Anbieter provoziert, dass die etablierten Anbieter ebenfalls aus- und aufbauen müssen. (Der neue Anbieter wäre wohl in Bendern, in der Bündner Herrschaft und in Grabs zu suchen). Dadurch entstehen Parallelstrukturen und Überkapazitäten. In einem späteren Schritt wird offensichtlich, dass nicht ausgelastete Kapazitäten wieder abgebaut werden müssen. Wichtige Akteure dabei: Die Gesundheitspolitiker und -behörden. Sie stehen faktisch vor einer Unmöglichkeit – der Unmöglichkeit, einen neutralen Entscheid zu fällen. Womit die formale Korrektheit und die Glaubwürdigkeit des privaten Anbieters zu einem erheblichen Faktor im Duell wird.

### WIE WIRD DIE ÖFFENTLICHKEIT INFORMIERT?

Konrad Adenauer wird der Satz zugeschrieben: «Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern!» Nicht direkt ein falsches, aber ein unvollständiges Zitat. Ex-Bundeskanzler Konrad Adenauer sagte



ausreichend Patienten haben werden und ein erfolgreiches Spital führen können.»

mehr. Der folgende Halbsatz wird meist nicht mit zitiert und unterstreicht eben nicht die ihm oft vorgeworfene politische Wankelmütigkeit. Er sagte: «Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, nichts hindert mich, weiser zu werden.» Diesen Zusatz, nichts hindert mich, weiser zu werden, müsste man vor allem dem Stiftungsratspräsidenten, Stiftungsrat und auch politischen Entscheidungsträgern näherbringen.

Schauen wir uns doch die «Weisheiten» an, welche diese Leute in der Vergangenheit schon zum Besten gegeben haben:

**Michael Ritter, 20. Februar 2013, in einem Vaterland-Interview:** «Einige Belegärzte wollen neben der geplanten Privatklinik von Prof. Mang in Triesen eine eigene Privatklinik in Gamprin errichten. Was bedeutet dies für die betriebswirtschaftliche Zukunft des Landesspitals? Wird durch die Abwanderung von Zusatzversicherten dann nicht die Quersubventionierung für kostenintensive Grundversorgungsleistungen wie etwa die Geburtshilfe wegfallen?»

«Das Landesspital steht grundsätzlich im Wettbewerb, nicht nur gegenüber privaten Kliniken. Für diesen Wettbewerb rüsten wir uns. Wir bieten den Patienten in Zusammenarbeit mit einem Zentrumsspital eine umfassende medizinische Versorgung auf qualitativ hohem Niveau an. Das schliesst rentable und unrentable Leistungen ein. Wichtig ist, dass am Ende die Wirtschaftlichkeit als Ganzes gesichert ist. Wir sind überzeugt, dass wir mit unserem qualitativen Anspruch

**Michael Ritter, 8. Juni 2013, Vaterland-Interview:** «Die Bevölkerung erwartet zu Recht grossmehrheitlich ein eigenständiges Landesspital und eine wirksame Kooperation in der Region. Das wollen auch wir.»

**Landtag November 2013:** Die Gefahr für das Landesspital schätzte der Gesundheitsminister Pedrazzini als eher gering ein: «Man darf nicht den Fehler machen, zu denken, dass wir bisher nur das Spital Vaduz haben und jetzt käme noch ein Spital dazu, und dass sich damit die angebotene Kapazität verdoppeln würde – sondern mit diesem Privatspital in Bendern würde zwar die Kapazität etwas ausgeweitet, aber nicht in dem Masse, wie es auf den ersten Blick erscheint.»

**Michael Ritter, 23. April 2015, Vaterland-Interview:** «Welche Rolle werden beim Ausbau der Chirurgie die bisher als Belegärzte tätigen Chirurgen spielen und wie sehen die Erfolgschancen für die Chirurgie am Landesspital im Hinblick auf die in Bendern entstehende Privatklinik aus?»

«Das Landesspital wird weiterhin auch Belegarztspital sein. Dabei können auch chirurgisch tätige Belegärzte weiterhin Partner des Landesspitals sein und unsere Infrastruktur nutzen, selbstverständlich auf der Basis fairer Nutzungsbedingungen. Wir stehen mit allen Spitälern und Kliniken in der Region, seien sie öffentlich oder privat, im Wettbewerb. Im Gegensatz zur Privatklinik haben wir jedoch einen Leistungsauftrag zu erfüllen und können uns nicht nur die wirtschaftlich interessanten Fälle herauspicken. Alle Patienten haben Anspruch auf

hochwertige medizinische Versorgung, unabhängig von ihrer Krankenversicherung. Wir stehen im Dialog mit den künftigen Betreibern der Privatklinik. Soweit wir wissen, werden dort nur privat Versicherte behandelt werden können. Zudem deckt die Klinik voraussichtlich nur ein relativ enges Spektrum von Disziplinen ab. Wir stellen uns jedenfalls auf den Wettbewerb ein und sind zuversichtlich, bestehen zu können.»

**Eröffnung neuer Notfall und umgebaute Operationsaal (OP), 15. November 2015, Vaterland:** Die Vertreter von Regierung und Landtag wurden an der offiziellen Eröffnungsfeier zu Recht besonders hellhörig, als Stiftungsratspräsident Michael Ritter folgende Botschaft verkündete: «Unser Ziel ist es, auch beim Landesspital künftige Investitionen ohne Beanspruchung des Steuerzahlers zu finanzieren.» Als Vorbild nannte er dabei das Kantonsspital Graubünden (KSGR), mit welchem das Landesspital eine vertikale Kooperation eingegangen ist. Das KSGR bezahle aktuell einen Neubau für ca. 430 Mio. Franken «aus eigener Tasche».

**Zum Abgang von Derungs 24. August 2016:** «Derungs übergibt seinem Nachfolger ein erfolgreiches Haus, das starke Strukturen und ein motiviertes Team hat und sich in stabiler finanzieller Verfassung befindet», schreibt das Landesspital.

**Geschäftsbericht 2016:** «Es ist Aufgabe des Stiftungsrates als strategisches Führungsgremium, einen Schritt vor auszudenken und die richtigen Massnahmen zu setzen, um mit den steten Veränderungen im Gesundheitswesen Schritt halten zu können», schreibt Michael Ritter im Vorwort des Geschäftsberichts des LLS 2016.

**Daniel Derungs im Geschäftsbericht 2016:** «Nach dem Weggang verschiedener Belegärzte rechnen Stiftungsrat und Spitalleitung 2017 mit einem vorübergehenden Patientenrückgang, welcher durch den Aufbau der Chirurgie sukzessive wettgemacht werden soll. Trotz dieses Patientenrückgangs visieren Stiftungsrat und Spitalleitung für die Rechnung 2017 eine schwarze Null an.»

**Der neue Chefarzt Dr. Tabarelli im Geschäftsbericht:** «An dieser Stelle ist es mir ein Anliegen, die hervorragende Zusammenarbeit mit unseren erstklassigen Belegärzten hervorzuheben. Sie sind wichtige Partner, auf deren aktive Mitarbeit und Mitgestaltung wir angewiesen sind. Nur so ist es dem Landesspital auch in Zukunft möglich, die Fachrichtungen der Allgemein Chirurgie, Unfallchirurgie, Traumatologie, Orthopädie, Gefässchirurgie, plastischen Chirurgie, Gynäkologie, Urologie, Mund- und Kieferchirurgie und Zahnbehandlungen auf höchstem Niveau anzubieten.»

**Erstes Halbjahr 2017:** In der Medicinova Privatklinik wurden im ersten Halbjahr 2017 rund 700 Personen stationär und ambulant behandelt. Im Landesspital waren die ambulanten Fallzahlen derweil um 13 Prozent tiefer als im Vorjahreshalbjahr – im stationären Bereich sogar um 30 Prozent tiefer.

**Gesundheitsminister Pedrazzini, 18. Juli 2017, Volksblatt-Interview:** «Der Rückgang ist aber höher als erwartet, insbesondere auch weil Patienten ohne Zusatzversicherung nach Grabs zugewiesen werden...Es wird einige Zeit dauern, bis sich das Landesspital finanziell von diesem Schlag

Fortsetzung auf Seite 2

## EU-Zentralismus kostet uns Millionen

von Herbert Elkuch und Erich Hasler

Einer ganzen Reihe von Verordnungen, Richtlinien und Beschlüssen des europäischen Parlaments und der EU-Kommission soll der Landtag demnächst zustimmen. Allein unter einem Traktandum, im Bericht und Antrag der Regierung (BuA 48/2017), sind Rechtsakte (aus Beschlüssen) des EWR-Ausschusses im Umfang von 170 A4-Seiten in kleiner Schriftgrösse zu übernehmen. Mit der Umsetzung entsteht ein Mehraufwand und somit Folgekosten für unser Land. Dazu kommt noch, dass der Bürger sich entsprechend den neuen Vorgaben ausrichten muss, denn bekanntlich schützt Unwissenheit nicht vor Strafe.

Bevor der Landtag zu diesem Antrag seine Zustimmung gibt, müssen die Kosten zwingend bekannt sein. Dem ist jedoch nicht so. Die Kosten werden gemäss Regierung erst bei der materiellen Umsetzung beziffert, also erst nachdem der Landtag zugestimmt hat (BuA 48/2017, S. 21). Da bestimmen das EU-Parlament und der Rat der Eu-

ropäischen Union darüber, wie der liechtensteinische Landtag Gesetze zu formulieren hat, und der Landtag soll, wenn es nach der Regierung geht, nicht einmal die finanziellen Konsequenzen hinterfragen dürfen? Mehr EU-Hörigkeit geht nicht mehr! Das ist ein massiver Eingriff in unsere Souveränität!

### Weiteres Beispiel: Eisenbahn

Die in Liechtenstein vorhandene Eisenbahninfrastruktur ist im Besitz der Österreichischen Bundesbahnen, inkl. Grund und Boden, auf dem die Gleise verlaufen. Nachdem das Land Liechtenstein in keiner Weise an einer Infrastruktur, dem Betrieb oder dem Unterhalt einer Eisenbahn beteiligt ist, wurden die EWR-Rechtsakte im Bereich Eisenbahn bis zum Jahre 2011 nicht umgesetzt. Im Hinblick auf das damals geplante S-Bahn-Projekt FLA.CH wurden ab dem Jahre 2011 einige der EWR-Eisenbahnrechtsakte im liechtensteinischen Eisenbahngesetz (EBG) und den entsprechenden Verordnungen umgesetzt. Mit Folgen, wie sich jetzt herausstellt! Auf-

Fortsetzung Seite 2

## Die Liechtensteinische Gasversorgung (LGV): ein Musterbetrieb?

von Erich Hasler

Man könnte dies fast meinen, wenn man den Betriebsgewinn von sage und schreibe CHF 3,836 Mio. für das Geschäftsjahr 2016 anschaut. Davon wurden CHF 1,151 als Gewinnausschüttung an das Land abgeführt. Da stellt sich mir als Gaskunde die Frage, ob ein Betrieb, der die Grundversorgung sicherstellen muss, überhaupt Gewinne erwirtschaften muss und soll. Ich meine: Nein! Faktisch läuft die jetzige Geschäftspolitik der LGV darauf hinaus, dass auf dem Buckel der Gaskunden Steuern für den Staat eingetrieben werden. Die Verantwortlichen der Gasversorgung gefallen sich darin,

weil zwischen den Vertretern der beiden Regierungsparteien aus FBP und VU und den im Verwaltungsrat einsitzenden Personen, vornehm ausgedrückt, ein (ungesundes) Nahverhältnis besteht. Die Gelackmeierten sind jedoch die Gaskunden.

### Hilfe! Warum ist meine Gasrechnung so hoch?

Als Besitzer eines kleinen Einfamilienhauses habe ich meine Gasrechnung über das letzte Jahr (1.7.2016 bis 30.6.2017) mal etwas genauer angeschaut.

Die Kosten für den Gasbezug machen bei einem typischen Einfamilienhaus also bereits jetzt gerade noch ca. 40% der Gesamtkosten

Kostenart	Kosten <sup>1</sup>	%-Anteil <sup>2</sup>
Gasverbrauch:	710.83	100 %
Netzbenutzung:	758.17	106.7 %
Abgaben <sup>3</sup>	339.10	47.7 %
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>1'808.10</b>	<b>254.4 %</b>

1) CHF ohne MWST 2) relativ zu Gasverbrauch 3) CO<sub>2</sub>, etc.

(ohne MWST) aus. Dafür dürfen wir sogar auf die Abgaben zusätzlich noch Mehrwertsteuern zahlen, also zosuzagen, eine Steuer auf die Steuer!

Info für Haushalte mit einer Ölheizung: Öl kostet zurzeit ca. 78 pro 100 Liter. Wer mit Öl heizt, fährt beim momentanen Heizölpreis 15% billiger als ein Gaskunde der LGV!

Fortsetzung Seite 3

## Ist allein Medicnova schuld?

von Thomas Rehak

Das Landesspital befindet sich in grober Schieflage und benötigt allein für das Jahr 2017 eine CHF 2.5 Millionen Finanzspritze vom Land; ohne diese kann der Spitalbetrieb nicht aufrechterhalten werden. Die strategische Neuorientierung sei ins Stocken geraten, weil im laufenden Jahr ein markanter Einbruch der Fallzahlen und damit der Einnahmen entstanden sei, heisst es im Bericht und Antrag der Regierung. Der Grund hierfür hat der verantwortliche Gesellschaftsminister schnell gefunden, nämlich dass die umsatzstärksten Belegärzte im Bereich der Chirurgie eine eigene Privatklinik, die Medicnova, gegründet haben und damit heute viel weniger Patienten ins Landesspital überwiesen werden. Weiter stellt der Minister fest, dass der Einbruch der Erträge wesentlich höher als budgetiert sei, für das Jahr 2017 erwartet das LLS einen Verlust von CHF 3.7 Mio. Hierzu soll der Staat CHF 2.5 Mio. und das LLS CHF 1.2 Mio. beitragen.

Die Regierung versucht mit allen Mitteln die Eigentümer der Medicnova zu identifizieren, um sie in den Schwitzkasten zu nehmen. Das Ziel der Regierung könnte sein, der Me-

dicnova das Leben schwer oder sogar den Garaus zu machen. Jeder Privatbetrieb ist auf Gewinn oder wenigstens auf eine ausgeglichene Rechnung angewiesen, sonst droht das Aus. Ein Staatsbetrieb hingegen kann, jederzeit und einfach beim Staat für Finanzspritzen anklopfen, somit trägt der Steuerzahler die finanziellen Risiken und nicht die Verwaltungsräte und Direktoren der Staatsfirmen. Sogar halbschwerer Experimente, die ein Privatbetrieb nie machen würde, werden am Schluss mit Staatsgeld bezahlt. Allenfalls mit ein paar murrigen Kommentaren der Abgeordneten. Das ist der grosse Unterschied zwischen Staatsfirmen und privaten Unternehmen.

Die Staatsbetriebe machen es sich einfach, sie suchen die Schuldigen einfach bei den anderen, Selbstkritik ist für diese Herren noch immer ein Fremdwort. Unsere Staatsfirmen klopfen beim Papa Staat mit der Bitte um Moneten an, will er nicht zahlen, wird mit Lichterlösch gedroht. Das ist die gelebte Realität verschiedener Staatsbetriebe in Liechtenstein. Beispiele sind die Staatliche Pensionskasse, die Post und jetzt das Landesspital.

Seit sechs Jahren arbeitet das Landesspital an seiner Neuorientierung. In dieser Zeit gab es sicherlich viel zu tun. Das Spital hat vor allem an der Qualität gearbeitet und es dabei offensichtlich verpasst, sich halbwegs überlebensfähig zu positionieren. Seit 2011 ist öffentlich bekannt, dass die Belegärzte ein eigenes Spital bauen wollen, was mit der Medicnova nun geschehen ist. In dieser Zeit hat sich das Landesspital vom funktionierenden Belegarztsystem ab- und dem kostspieligen Chefarztsystem zugewandt. In der Pressemitteilung zur Eröffnung des Notfalls im November 2014 meinte Michael Ritter, dass die Wettbewerbssituation sie zu effizientem und wirtschaftlichem arbeiten zwingt, was den Vorteil habe, Investitionen künftig mehr und mehr aus eigener Kraft bestreiten zu können. Heute wären wir schon froh, wenn das Landesspital die laufenden Kosten selber tragen könnte.

Es zeigt sich nun klar, dass die vom Stiftungsrat gewählte Strategie ein Stolperweg ist. Die Strategie muss überdacht und angepasst werden. Aus meiner Sicht mit einem neuen Stiftungsrat. Ohne personelle Konsequenzen im Stiftungsrat werde ich diesem Finanzbeschluss nicht zustimmen.

## ... mein Geschwätz von gestern!

Fortsetzung von Seite 1

erholt hat. Es muss zunächst wieder das vollständige Angebot der Grundversorgung aufgebaut werden und zwar qualitativ einwandfrei.»

**Michael Ritter, 14. Juli 2017, Vaterland-Interview:** «Wir haben uns sehr um eine Zusammenarbeit bemüht.» Trotz Liquiditätsproblemen ist Stiftungsratspräsident Ritter zuversichtlich. Der Vertrag zwischen der Privatklinik Medicnova und Grabs kam für ihn überraschend. «Medicnova hat offenbar parallel mit uns auch Gespräche mit Grabs geführt und es dann vorgezogen, dort eine Vereinbarung zu treffen.»

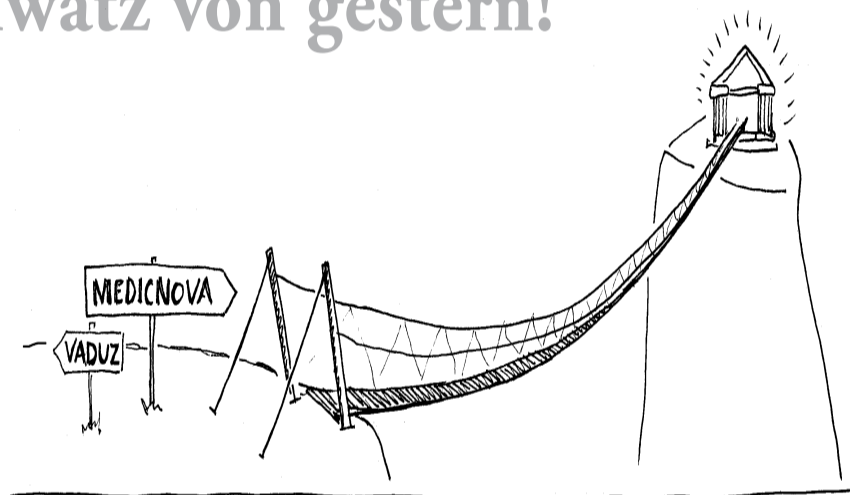
Und: «Das Landesspital fährt keine „Wettbewerbsstrategie“, sondern muss damit leben, dass der Wettbewerb eine Tatsache ist, die man nicht aussuchen kann...»

**Dr. Rainer de Meijer, Gefässchirurg an der Privatklinik, 15. Juli 2017, Vaterland-Interview:** «Das Landesspital wollte uns nicht... Alles ein sehr unwürdiges Schauspiel... Dass wir nun die Hauptschuldigen sein sollen, wenn das Landesspital offensichtlich völlig falsch kalkuliert hat und jetzt einen derart hohen Nachtragskredit braucht, ist viel zu kurz gegriffen. Anders als es jetzt dargestellt wird, waren nicht wir es, die dem Landesspital die sprichwörtliche Tür vor der Nase zugeschlagen haben. Es war genau umgekehrt. Ausserdem entscheidet grundsätzlich der Patient, wo er sich behandeln lassen will – offensichtlich ist das Behandlungsangebot in der Medicnova attraktiv.»

### Gedanken zur Entwicklung des LLS

Das Landesspital will Vertrauensspital sein. Ist es nicht eher so, dass Leute einen Vertrauensarzt haben, der dann zuweist? Wenn es sich das LLS mit den Ärzten verschert, wie z.B. mit den ehemaligen Belegärzten, wie sollen dann mehr Patienten kommen?

Gemäss Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag betreffend Nachtragskredit erwarten die Verantwortlichen eine Erholung der stationären Fallzahlen von 100



auf 200 Fälle im Jahr 2020. Wie das aber bewerkstelligt werden kann, steht in den Sternen.

Im Bericht und Antrag der Regierung wird augenfällig, dass gewisse Akteure ganz einfach lernresistent sind. Es wird ausgeführt, dass kurz- und mittelfristig die Priorität bei der Wiederherstellung des Angebots in der Grundversorgung, wie es vor dem Abgang der Belegärzte zu der von ihnen gegründeten Privatklinik bestand. Doppelspurigkeiten sind also vorprogrammiert! Warum genau das machen, was andere schon besser und länger machen?

Akutgeriatrische Abteilungen gibt es bereits in Altstätten, Chur, Glarus, Walenstadt und St. Gallen. Wieviele Fallzahlen errechnet sich hier das LLS? Ist Akutgeriatrie wirklich die Lösung, oder wäre ganz einfach «nur» geriatrische Pflege die Lösung?

Wie kann – in Nachahmung des sogenannten Zürcher Modells – mit diesen geringen Fallzahlen der Leistungsumfang erfüllt werden? Das LLS definiert folgende Leistungen als Grundversorgung:

1. Chirurgie mit Schwerpunkt Allgemein- und Unfallchirurgie;
2. Geriatrie;
3. Gynäkologie und Geburtshilfe einschliessliche Neonatologie;
4. Innere Medizin;
5. Orthopädische Chirurgie und Traumatologie des Bewegungsapparates;
6. Urologie;
7. Palliativmedizin.

Zu den genannten Leistungen kommen notwendige Supportleistungen: Basisversorgung im Bereich der Infektiologie; psychiatrische Versorgung; stationäre Übergangspflege; Notfallversorgung sowie Versorgung in besonderen bzw. ausserordentlichen Lagen.

Nochmals: Kann sich das LLS in all diesen Disziplinen behaupten, oder besser gesagt, soll es sich in diesen Disziplinen behaupten? Bei geringen Fallzahlen wird der Landtag periodisch mit Millionenkrediten zum Handkuss gebeten werden.

Wenn das so ist und das Zürcher Modell nach Gutdünken angewendet wird, könnte man die Gebärdabteilung sofort wiedereröffnen. Diesen Kostenaufwand könnte man dann in die benötigten Kredite gerade auch noch aufnehmen.

### Weitere offene Fragen, um nicht zu sagen «klaffende Wunden»

Es bleiben aber auch noch andere brisante Ereignisse unbeantwortet bzw. «unbehandelt»:

Warum hat die gesamte Spitalleitung (Horber, Derungs, von Toggenburg) das sinkende Schiff frühzeitig verlassen?

Und wenn wir schon beim lieben Geld sind: Werden zu den Millionenkrediten noch mehrere hunderttausend Franken dazukommen, welche in einem Prozess mit einem früheren Chefarzt auf der Kante stehen?

## EU-Zentralismus kostet uns Millionen

Fortsetzung von Seite 1

grund der damaligen Umsetzung stellt sich die EFTA-Überwachungsbehörde nun auf den Standpunkt, dass Liechtenstein zur nationalen Umsetzung aller EWR-Eisenbahnrechtsakte verpflichtet sei. Wohlverstanden: Wir haben nicht einmal eine alte, ausgediente Feldbahn in einem Museum stehen!

Nun wurde für die Umsetzung weiterer Rechtsakte mit der ESA und der EU-Kommission ein Kuhhandel vereinbart, der schlichtweg nicht akzeptabel ist. Es wurde vereinbart, dass Liechtenstein zur Umsetzung der EU-Richtlinien verpflichtet werden kann, falls das Projekt S-Bahn FL.A.CH verwirklicht oder falls das Eisenbahngesetz abgeändert wird. Dies obwohl auf liechtensteinischem Grund gar keine Eisenbahn existiert!

Anstatt die neu anstehenden EU-Rechtsakte mit einem Verweis zu übernehmen, wäre es doch gescheiter, die im Jahr 2011 übernommenen Rechtsakte für ungültig zu erklären. Mit jeder Übernahme stecken wir tiefer im Sumpf. Es fängt immer klein an, danach entsteht daraus ein grosser Apparat. Die Eisenbahnbehörde in Liechtenstein ist die Regierung. Noch ist der Aufwand der Eisenbahnbehörde klein. Mit der Übernahme von weiteren Rechtsakten, die nebst anderem Kontroll- und Überwachungsfunktionen der ÖBB-Lokführer, Rollmaterial und der Linie auch weitere Verpflichtungen beinhalten, sind in der Landesverwaltung für die Umsetzung entsprechende finanzielle und personelle Mittel erforderlich. Dies wollen wir vermeiden, unser Eisenbahngesetz genügt, um einen geordneten Betrieb durch ausländische Eisenbahnunternehmer zu gewährleisten. Wenn nicht, können wir eigenständig das Eisenbahngesetz im Zusammenspiel mit der Konzession anpassen.

### Fazit

Sehr lapidar wird dem Landtag und der Bevölkerung versucht zu erklären, dass das LLS bis im Jahr 2020 wieder schwarze Zahlen schreiben werde. Mit praktisch unverändertem Angebot wird weitergewurstelt. Es wird einfach angenommen, dass die Patienten auf einmal wieder den Weg nach Vaduz suchen. Wer überweist denn diese Patienten? Wird sich die liechtensteinische Bevölkerung ganz einfach verdoppeln in den nächsten paar Jahren? Spätestens im Jahr 2020 wird dann der nächste Kredit fällig. Man wird wieder genügend Ausreden zu Hand haben und den Landtag und die Bevölkerung zur Kasse bitten. Wie wäre es, endlich mal mit neuer personeller Ausrichtung im Stiftungsrat? Wie wäre es, diese desaströse Wettbewerbsausrichtung zu kappen?

Das LLS muss die Fahrtrichtung ändern, nichts Anderes wird ihm helfen. Wenn unser Landesspital sich nicht neu erfindet und die Richtung ändert, wird es noch viele Millionen kosten. Das hat die Entwicklung in den vergangenen Jahren gezeigt, auch wenn man nur mal kurz und oberflächlich hingeschaut hat.

Warum hält der Gesundheitsminister Pedrazzini so halsstarrig an dieser verfehlten Ausrichtung fest? Geht es ihm nur darum, den Privatärzten in Bendorf zu zeigen, wer der Gesundheitsminister ist? Machtkämpfe sind kostspielig, können aber natürlich bezahlt werden, wenn das Volk die Zeche begleicht.

### Schengen: neue Zahlungen gefordert

Erst im Jahr 2015 genehmigte die Mehrheit der Abgeordneten des Landtages für Schengen einen Mitgliederbeitrag von 828 000 Euro und dazu eine zusätzliche 100% Stelle für Schengen. Für die Mitfinanzierung von Projekten waren in jenem Bericht und Antrag (Nr. 138/2015) insgesamt 700 000 Euro vorgesehen. Über diesen Betrag wurde nicht abgestimmt, die Regierung sah nämlich vor, die Finanzierung der erwähnten CHF 700 000 in den Budgets der involvierten Stellen zu berücksichtigen. Nur die beiden Verfasser dieses Artikels unterstützten damals den Steuergeldexport nicht und stimmten im Landtag mit Nein. Jetzt soll der Landtag schon wieder zusätzlich finanzielle Mittel für eine anteilig finanzierte Unterstützung der Küstenwache freigeben. Irland, Monaco, San Marino und Vatikan, Andorra und weitere Staaten sind nicht im Schengenverbund und ihnen geht es nicht schlechter als uns. Wieso müssen wir eigentlich überall dabei sein? Zudem werden die Schengen Vereinbarungen von einigen Mitgliedsländern nach Lust und Laune zu Ihren Gunsten «gebogen».

### Beispiel FMA

Die FMA wächst und wächst unaufhörlich. Kein Wunder, in einem einzigen Jahr werden über 300 EU-Rechtsakte in unser Recht übernommen. Die Folge ist, dass nicht nur die FMA, sondern auch der Staatsapparat immer mehr aufgebläht wird. Die vielen Regulierungen müssen umgesetzt und überwacht werden. Überdies sind in den Firmen, vor allem im Finanzbereich, Unkosten in Millionenhöhe entstanden, die es früher nicht gab. Eines ist sicher: Mindestens zwei Abgeordnete werden der Übernahme sinnloser Rechtsakte und den damit verbundenen Kosten nicht zustimmen.

Wäre ein Landesspital mit Ausrichtung Geriatrie, Reha- und Rekonvaleszenz nicht eine valable Alternative? Nur als Beispiel: Ein Spital, das nicht versucht, mit allen rundum gelegen Spitalern zu konkurrieren? Ein Spital, das ein wichtiges Nischenangebot erfüllt und damit auch nachhaltig einen Nutzen für das Land und die Region erbringt?

Es wäre natürlich naiv zu glauben, dass mit einer Neuausrichtung auf einmal sehr viel Geld in die Kasse gespült wird. Nur eines scheint sicher zu sein: Mit einer Neuausrichtung kann sich das LLS regional positionieren und wird ihren loyalen und einsatzfreudigen und engagierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auch zukünftig ein Arbeitgeber bleiben.

**du**  
die Unabhängigen – für Liechtenstein

### Impressum

«hoi du», Zeitung des Vereins  
«du – die Unabhängigen»

Redaktion: Pio Schurti  
Adresse: du – die Unabhängigen  
Postfach 154, 9494 Schaan,  
www.du4.li, info@du4.li

Auflage: 19'850 Exemplare



## FL Post: Grundversorgungsauftrag neu interpretiert!

von Herbert Elkuch

Die Liechtensteinische Post hat an verschiedenen, in Randgebieten gelegenen Haushalte ein Schreiben verschickt, in dem inhaltlich diesen Haushalten unter Hinweis auf Gesetz und Verordnung mitgeteilt wurde, dass die Post bestehende Leistungen kritisch hinterfrage. Dem Schreiben lag eine Antwortkarte bei, auf der für die zukünftige Postzustellung eine von zwei Optionen anzukreuzen war:

- In Postfach bei der Poststelle [Dorfname]
- In einen durch die Post zur Verfügung gestellten Briefkasten am Rande des zusammenhängend überbauten Gebiets in [Dorfname]

Im Schreiben der Post heisst es: «Unter anderem geht es auch darum, die im entsprechenden Gesetz und der dazu gehörenden Verordnung bestehenden Optimierungsmöglichkeit zu nutzen.» Ein Verweis auf die massgeblichen Gesetzesstellen oder einen Hinweis, wo diese zu finden sind, fehlte im Schreiben. Das Liechtensteinische Landesgesetzblatt Nr. 248, Verordnung vom 14. Dezember 1999 zum Gesetz über das liechtensteinische Postwesen

(Postverordnung, PV) legt im Artikel 6 folgendes über die Zustellung fest:

### Art. 6 Zustellung der Briefe

1) Briefsendungen sind zuzustellen, sofern der Empfänger nicht durch Einrichtung eines Postfaches oder in sonstiger Weise erklärt hat, dass er die Sendungen abholen will.

2) Ist die Wohn- oder Geschäftsadresse des Empfängers nur unter unverhältnismässigen Schwierigkeiten zu erreichen oder fehlt eine geeignete und zugängliche Vorrichtung für den Empfang von Briefsendungen, kann der Empfänger von der Zustellung ausgeschlossen werden. Der Betroffene ist von dem beabsichtigten Ausschluss zu unterrichten.

3) Die Zustellung von Standardsendungen der schnellsten Kategorie hat mindestens einmal werktäglich zu erfolgen.

### Kunden über den Tisch gezogen

Meiner Meinung nach kommt die Anwendung der unter Absatz 2 erwähnten Kriterien bei den mir bekannten Haushalten nicht in Frage. Die angeschriebenen Haushalte liegen an einer gut befahrbaren Strasse ohne Steigung oder Gefälle und sind dauerhaft bewohnt. Die Post hat offensichtlich auf Absatz 1 bezugnehmend versucht, die Haus-

halte ausserhalb des zusammenhängend überbauten Gebietes zu einer «freiwilligen» Verzichtserklärung zu bewegen, und sie hatte mit ihrem Vorgehen weitgehend Erfolg. Der Brief an die Kunden von der Post war geschickt formuliert und erweckte den Eindruck, dass das jetzt halt gemäss Gesetz so ist und man wohl oder übel eine der beiden angebotenen Varianten wählen muss. Beide Optionen waren jedoch im Grunde genommen eine Verzichtserklärung gemäss Art. 6, Abs. 1 PV. Damit wurden die betroffenen Postkunden regelrecht über den Tisch gezogen.

### Grundversorgungsauftrag hat Priorität

Die Staatsbetriebe haben die Aufgabe, eine preisgünstige und verlässliche Grundversorgung zu gewährleisten. Alle Einwohner und alle Haushalte sind gleich zu behandeln, unabhängig davon, ob sie in der Dorfmitte oder etwas ausserhalb des Dorfes wohnen. Diesem Grundversorgungsauftrag wurde bislang ja auch ohne Wenn und Aber nachgelebt. Es kann nicht angehen, dass Grundversorger beginnen, Haushalte ausserhalb der zusammenhängend überbauten Gebiete zu benachteiligen. Was ist, wenn weitere Grundversorger für Strom, Wasser, Telefon, Fernsehanschluss, Schneeräumung usw. das Vorgehen der Post nachahmen?

Nach den teuren Auslandsabenteuern, bei denen die zwischenzeitlich mit einem goldenen Fallschirm ausgeschiedenen Postverantwortlichen mit Firmenübernahmen im Ausland rund zwanzig Millionen Franken versenkt haben, musste die Post zur Verhinderung eines Konkurses ein Darlehen bei der schweizerischen Post aufnehmen und den Gürtel enger schnallen. Jetzt werden den «Pöstlern» Zustell-Touren aufgeladen, die in der vorgegebenen Zeit kaum oder nicht machbar sind. Und, weil die Post-Obersten den Pöstlern die Überzeit nicht vergüten wollen, wird halt versucht, die Postzustellung einzuschränken, um mit harten Massnahmen das finanzielle Ergebnis aufzubessern. Wieder einmal müssen Unschuldige für Versäumnisse der verantwortlichen Personen herhalten und büssen. Das kann und darf nicht sein!

## Wer löffelt die Postsuppe aus?

Von Thomas Rehak

So wie es bis dato aussieht, allein die Postboten! Diesen wird die Zeit, welche sie für die Ausbringung der Post bezahlt bekommen, am Laufmeter gekürzt. Im vergangenen Winter hat es noch geheissen, dass die Postangestellten ihre geleistete Überzeit im Sommer kompensieren können. Dieses Versprechen der obersten Pöstler hat sich leider in Luft aufgelöst. Selbst in den normalerweise ruhigeren Sommermonaten leisten viele Postboten unbezahlte Überzeit. Die Post bewegt sich seit dem verlustreichen Auslandsexperiment, bei dem die Verantwortlichen weit über CHF 20 Mio. in den Sand gesetzt haben, finanziell in einem sehr engen Korsett. Es kann und darf nicht sein, dass die Verantwortlichen des De-

sasters ungeschoren davonkommen, während bei den Postboten gespart wird. Damit die Postboten nicht total unter die Räder kommen, müssen Stempeluhren zum Festhalten der effektiv geleisteten Arbeitszeit eingeführt werden. Es muss von der Postleitung sichergestellt werden, dass die Postboten ihre geleistete Arbeitszeit auch bezahlt bekommen. Weiters erwarten wir, dass der zuständige Minister Daniel Risch endlich mit Sanktionsvorschlägen gegenüber den Verantwortlichen des Post-Debakels aufwartet. Sein Nichtstun ist wohl darin begründet, dass er Gras darüber wachsen lassen und seine Parteikollegen und ehemaligen Vorgesetzten im Post-Verwaltungsrat verschonen möchte. Wir erwarten verbindliche Massnahmen und eine arbeitsrechtskonforme Behandlung der Postboten.

## Medienförderung und Radio L

Von Erich Hasler

Da die Verantwortlichen von Radio L der irrigen Ansicht waren, dass sie für das 24-stündige Abspielen von Musikkonserven keine oder nur sehr geringe Urheberrechtsgebühren abführen müssten, obwohl der SUISA-Tarif ganz klar etwas Anderes stipuliert, soll der Landtag einen Nachtragskredit von über CHF 345'000 sprechen. Ansonsten droht dem Staatsradio der finanzielle Kollaps.

Zudem soll der Landtag dem Radio noch in diesem Jahr weitere CHF 2 Mio. Steuergelder für eine neue Infrastruktur bewilligen, ohne die Radio Liechtenstein offenbar seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann.

### 3.1 Millionen Franken in ein «Fass ohne Boden»

Seit der «selbstlosen» Übernahme von Radio L durch die Regierung Otmar Hasler von Parteifreund und -sponsor Peter Ritter im Jahre 2003 für fabelhafte CHF 3.1 Mio. wurden gesamthaft schätzungsweise gegen CHF 30 Millionen in das Radio

gesteckt. Jährlich werden es mehr! Herr Ritter hatte selbst bis 2003 ca. CHF 12 Mio. ins Radio gesteckt und war es leid, dauernd Geld nachzuschliessen. Deshalb wurden die Kosten «sozialisiert», indem das Radio dem Land angedreht wurde.

### Brauchen wir zwei Landeszeitungen?

Daneben lassen sich die beiden Regierungsparteien ihre Parteizeitungen jährlich mit CHF 2 Mio. Steuergeld finanzieren, notabene Zeitungen, in denen die parteipolitisch gefärbte Berichterstattung dominiert und die Leserbriefe noch das Interessanteste sind. Fairerweise ist anzuerkennen, dass sich das Vaterland mehr um Objektivität bemüht als das im Vorarlberg gedruckte Volksblatt. Ich bin überzeugt, dass es die meisten Leute begrüssen würden, wenn es nur noch eine Tageszeitung gäbe. Diese Zeitung sollte für eine glaubwürdige und objektive Berichterstattung stehen und allen Parteien eine politische Plattform geben.

Fortsetzung Seite 4

## AUS DEN GEMEINDEN

### Eschen: Fragwürdige Zentrumsplanung

von Erich Hasler

Solange der «tote Platz» in Eschen schräg ist und das Dorf in ein Eschen-Ost und in ein Eschen-West trennt, wird die Zentrumsplanung ein Zankapfel der Dorfpolitik bleiben. Seit längerem möchte die Gemeinde das Zentrum durch eine Überbauung des Kreuz-Areals beleben (siehe VL vom 22.7.2017: Interview mit Vorsteher Günther Kranz). Auf dem Kreuz-Areal sollen Wohnungen entstehen, wobei im Erdgeschoss der Überbauung von der Gemeinde eine «publikumsattraktive Nutzung» zwingend vorgeschrieben ist. Ein Bistro oder ein Café wäre die Vorstellung der Gemeinde. Aber welcher Private möchte sich schon mit einem solchen Projekt die Finger verbrennen? Ob sich der bestehende, Döner-Imbiss im neuen und teuren Gebäude einmieten wird, ist ungewiss. Gleichzeitig bemüht sich die Gemeinde am Westrand des toten Platzes um eine Verkehrsberuhigung des Dorfcentrums. Deshalb wird die St. Luzistrasse zurzeit teilweise um ca. 40 cm angehoben, um den Platz barrierefrei zu machen und den Verkehr zu beruhigen

### Lockere Randsteine und Spurrinnen

Im Dorfczentrum sind zwischenzeitlich die Bagger aufgefahren und haben die angeblich gerade mal auf ca. 90 m Länge sanierungsbedürftige St. Luzistrasse aufgerissen, weil genau im sogenannten «Projektperimeter» diverse Mängel aufgetreten sein sollen. Angeblich gebe es Belagsschäden, Spurrinnen und Verformungen seien deutlich erkennbar und die Rand- und Wassersteine seien teilweise locker gewesen (Antwort auf Kleine Anfrage vom Sept. 2015). Warum diese Verformungen, Spurrinnen und lockeren

Randsteine nur gerade auf 90 Meter Länge aufgetreten sind, wissen allerdings nur die verantwortlichen Leute in den Büros von Land und Gemeinde. Bei meinen Postgängen sind mir diese Mängel auf jeden Fall nicht aufgefallen. Und wenn man bereit ist, für ein paar lockere Randsteine und kaum sichtbare Spurrinnen insgesamt CHF 900'000 auszugeben, dann sitzt das Geld der Steuerzahler tatsächlich ziemlich locker im Steuersäckel.

### Ungelöste Zielkonflikte

Die Gemeinde verspricht sich von der Sanierung der St. Luzistrasse eine Verbesserung des Ortsbildes, ein barrierefreies Zentrum und eine Verkehrsberuhigung (Antwort auf Kleine Anfrage vom Juni 2017). Allerdings darf man sich fragen, was es im Eschner Dorfczentrum noch zu beruhigen gibt, nachdem man es nicht geschafft hat, die Bank im Zentrum zu halten und der Migros-Detaillist den Laden dicht gemacht hat. Um die konfuse Politik der Dorfcentrumsbelebung noch abzurunden, setzt sich die Gemeindeverwaltung dafür ein, dass ein Migros-Laden am Presta-Kreisell gebaut wird. Dabei soll auch noch die Bürgergenossenschaft eine Rolle spielen, die nach einem notwendigen Bodenabtausch mit dem Land einem Nicht-Genossenschafter zwei grössere Baugrundstücke zu einem – angesichts der sehr attraktiven Verkehrslage – recht vorteilhaften Baurechtszins abgeben soll. Grund: «Höheres allgemeines Interesse». Werden diese Pläne verwirklicht, dann ist nicht nur der Dorfplatz definitiv zu Tode beruhigt worden, sondern auch das übrige Dorfczentrum. Der jetzige Dorfladen mit seinem vollständigen Sortiment und weitere Detaillisten werden es dann schwer haben zu überleben.

## Gasversorgung

Fortsetzung von Seite 1

### Warum die Nebenkosten weiter steigen werden

Im 2015 haben die VU/FBP/FL-Abgeordneten einer Abänderung des LGV-Gesetzes zugestimmt. Mit dieser Abänderung wurde der LGV ein Freibrief für die Expansion in weitere Geschäftsfelder im In- und Ausland gegeben. Als neues Betätigungsfeld erachtet die LGV insbesondere den Auf- und Ausbau eines Fernwärmenetzes. Dass dies nicht gratis ist, ist jedem klar. Ob sich diese Investitionen knallhart kalkulieren werden oder nicht, spielt keine grosse Rolle, weil die Kosten versteckt über hohe Netzbenutzungsgebühren den Gaskunden verrechnet werden.

Durch den Aufbau eines Fernwärmenetzes wird ein Teil des bestehenden und noch brauchbaren Gasnetzes überflüssig. Wenn jedoch die Zahl der Gaskunden abnimmt, dann werden die Kosten für die Erhaltung des Gasnetzes auf weniger Haushalte verteilt. Folge: Netzbenutzungsgebühren steigen munter weiter!

### 50% Zuschlag wegen der CO<sub>2</sub>-Abgabe

Dazu kommt selbstredend auch eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgaben. Die jetzigen Abgaben, inkl. CO<sub>2</sub>-Abgabe, machen bei einem

einfachen Einfamilienhaus über das Jahr gesehen bereits jetzt schon ungefähr die Hälfte der Kosten des eigentlichen Gasverbrauchs aus. Weil mit dem Geld aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe tolle Umverteilungen gemacht werden können, erfreut sich diese Abgabe bei denen, die über diese Umverteilungen verfügen können oder davon profitieren, grosser Beliebtheit. So dürfen sich all jene Hauseigentümer freuen, die tausende Franken bekommen, wenn sie eine Wärmepumpe installieren. Gelackmeiert sind in diesem Falle Mieter, die sich zwar über die Gasrechnung an den Kosten beteiligen, aber nie von diesen Umverteilungen direkt profitieren können.

### Fernwärmenetze, die neue Spielwiese der LGV

In Eschen wird zur Zeit an einem Fernwärmenetz gebaut, das dereinst das Gemeindehaus, das Ärztehaus, die Überbauung Kreuz-Areal und die Primarschule miteinander verbinden soll. Kritischer Erfolgsfaktor für das Projekt ist gemäss GR-Protokoll die Anbindung der Holzhackschnitzelheizung der Primarschule. Diese hat eine Leistung von 220 kWh und muss völlig überdimensioniert sein, weil diese angeblich erst bei Vorhandensein der Fernwärmeleitung mit Vollast betrieben werden kann. Die Kosten für den Bau der mehrere hundert Meter langen Fernwärmeleitung zwischen

Gemeindehaus und Primarschule wird der Steuerzahler und die Gasbezügler über die Netzbenutzungsgebühr berappen müssen (siehe Artikel nebenan). Um diese Kosten zu kaschieren, werden dann Strassen saniert und aufgerissen, die eigentlich noch nicht sanierungsbedürftig sind (siehe derzeitige Baustelle im Dorfczentrum).

Die Gemeindeverwaltung sieht den Betrieb einer Heizung nicht als Kernaufgabe einer Verwaltung. Da hat sie sicher Recht. Auf der anderen Seite ist jeder Hausbesitzer in der Lage, sein Haus mit einer üblichen Heizanlage zu heizen. Die Eschner Gemeindeverwaltung offensichtlich nicht.

Als Laie, jedoch ausgestattet mit etwas Verstand, frage ich mich auch, wie die Holzhackschnitzelheizung in der Primarschule Eschen dimensioniert wurde, wenn es möglich ist, damit noch weitere grossvolumige Gebäude zu beheizen? Und das neue Ärztehaus ist ja bereits mit einer nigelnagelneuen Heizung ausgestattet! Diese wird dann wohl überflüssig oder wird nur dann gebraucht, wenn die Hackschnitzelheizung ausfällt.

Wer zu diesem und ähnlichen Themen Anregungen und Kommentare hat, kann gerne mit mir Kontakt aufnehmen. erich.hasler@landtag.li Tel. Nr.: 373 57 07.

## Oben am Jungen Rhein: Nach-Gedanken zum Staatsfeiertag

von Jürgen Beck

Wer sind wir, was sind wir, woher kommen wir, was werden wir sein? Gedanken, die sich Mann und Frau – speziell in den 50igern – machen. Ich mache mir diese Gedanken auch, aber sprechen wir nicht von mir, sondern von Liechtenstein, das sehr bald seine 300jährige Existenz zelebrieren wird. Wenn man so will, sind wir ein relativ junges Land, halt wie die einleitend angesprochenen Mittfünfziger.

Bleiben wir bei der Identitätssuche. Unsere Staatsform ist aussergewöhnlich, eine konstitutionelle Erbmonarchie auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage, etwas was es so in dieser Form wohl kaum irgendwo sonst gibt. Zwei Souveräne, der Fürst und das Volk, sind gleichberechtigte Partner. Wir haben eine demokratische Struktur, in welcher Fürst und Volk gleich viel zu sagen haben. Natürlich hat es in der Vergangenheit Diskussionen gegeben, ob diese Verteilung wirklich ausgeglichen ist oder nicht. Dies hat sich besonders anlässlich der letzten Verfassungsdiskussion gezeigt. Was man aber mit Fug und Recht behaupten kann: Es funktioniert, ansonsten wäre nicht aus einem bitterarmen Ländchen innert kürzester Zeit eines der reichsten Länder der Welt geworden!

Unser Volk ist letztlich ein Sammelurium aus verschiedenen Zuwan-

derern – selbst verstehe ich mich als Urlichtensteiner, aber meine Vorfahren sind erwiesenermassen vor Jahrhunderten aus dem Wallis eingewandert. Man findet wohl in jeder Ahnentafel von uns Liechtensteinern Ursprünge, die nicht aus dieser Gegend sind. Das ist gut so, das ist ein Teil von dem, was uns besonders macht. Wir sind etwas Besonderes, aber nichts Besseres als andere. Wir dürfen durchaus stolz auf unser Liachtastää und auch auf uns selbst sein. Ein gesunder Nationalstolz hat noch niemandem geschadet.

Was sind wir denn nun? Man sagt die ältesten Liechtensteiner seien der Föhn und der Neid. Sind die Ober- oder die Unterländer, die Tschügger oder die Guzler, die Balzner oder die Schellenberger die besseren Liechtensteiner? Bei genauerer Betrachtung erübrigt sich die Antwort. Weder Föhn, Neid, noch der Wohnort werden wohl irgendeine Auskunft über die Eigenschaften der Liechtensteiner geben können.

Es stellt sich aber die Frage, ob wir als Land mit nur 38'000 Einwohnern in Zukunft existenzfähig bleiben. Was uns klar sein muss, ist die Tatsache, dass uns der Wohlstand der letzten Jahrzehnte nicht nur Gutes gebracht hat. Teilweise ist uns das Verbindende abhandengekommen. Oft haben wir uns Sachen geleistet oder Dinge schönegeredet, die uns in

Zukunft noch stark fordern werden. Als Beispiele möchte ich die staatliche Pensionskasse, das Gesundheitswesen, staatliche Unternehmungen und so manchen Luxusbau erwähnen. Auch unerledigte Themen wie das Verhältnis von Kirche und Staat oder die Fristenlösung werden wir irgendwann anpacken müssen.

Ich erhebe durchaus nicht den Anspruch, hier in schulmeisterlicher Manier Anweisungen für die Zukunft zu geben, aber ich bin mir sicher, dass wir unseren «Stall» ausmisten müssen. Die Politik muss wieder glaubwürdiger werden, damit wir wieder alle echt stolz auf unser Land und uns selbst sein können. Wir sind als Gesellschaft einmalig und einzigartig – genauso wie als Individuen. An dieser einmaligen Individualität oder Persönlichkeit Liechtensteins müssen wir aber kontinuierlich arbeiten.

Wir müssen vertrauensvoll gemeinsam und mutig die zukünftigen Probleme anpacken, denn eines ist sicher: Wenn wir uns keine Mühe geben, dann werden wir keine liechtensteinische Zukunft haben.

In diesem Sinne,

*«Hoch lebe Liechtenstein,  
blühend am jungen Rhein,  
Glücklich und treu.*

*Hoch leb der Fürst vom Land,  
Hoch unser Vaterland,  
Durch Bruderliebe Band  
vereint und frei.»*

## Jubiläumsfeierlichkeiten und Liechtenstein Marketing

von Herbert Elkuch

Im September soll der Landtag einen Verpflichtungskredit von CHF 2 Mio. für die Jubiläumsfeierlichkeiten «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein» genehmigen. Natürlich soll gebührend gefeiert werden, aber 2 Mio. Franken erscheint mir zu viel. Im Septemberlandtag stelle ich deshalb einen Kürzungsantrag. Von 2 Mio. sind CHF 540 000 an Liechtenstein Marketing für die Organisation vorgesehen.

### Organisator Liechtenstein Marketing

Mit der Ideenfindung zu den 300-Jahrfeierlichkeiten begann Liechtenstein Marketing bereits im Jahr 2014. Mit Komitee, Umfrage und Kreativworkshops seien Ideen und Anregungen gesammelt und in darauf basierenden Empfehlungen zusammengefasst worden. Erst nachdem die Gemeinderäte bereits abgestimmt hatten, wurde im Bericht und Antrag der Regierung klar, was Liechtenstein Marketing alles vorhat: Jubiläums-Wanderweg mit Hängebrücke, und drei Gefässe mit den Namen «Gestern» (Ausstellung in Museen und Online Version des Historischen Lexikons), «Heute» (sichtbare Realität und Festlichkeiten) und «Morgen» (Denkgefäss). Trotz jahrelanger Vorplanungen hat Liechtenstein Marketing es ver-

säumt, die Bevölkerung frühzeitig miteinzubeziehen und rechtzeitig zu informieren. Der Steuerzahler wurde durch Gemeinderatsbeschlüsse praktisch vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Reaktionen zur Hängebrücke waren entsprechend heftig, im Gegensatz zur 4.48 Mio. teuren Fussgänger- und Fahrradbrücke in Vaduz, zu dessen Landesbeitrag von 1.1 Mio. ich meine Zustimmung nicht gab.

### Wanderweg zu 300 Jahre Liechtenstein

Die Gemeinden haben beschlossen, zum 300-Jahr-Jubiläum bestehende Wanderwege von Ruggell bis Balzers zu einem Jubiläumsweg zu verbinden, dessen Highlight eine Hängebrücke zwischen Ober- und Unterland wäre. Man kann davon ausgehen, dass die Gemeindevorsteher und –räte das Für und Wider des Projekts abgewogen und so zu ihrem befürwortenden Entscheid gekommen sind. Im Gegensatz zu Events, die sich in Schall und Rauch auflösen, sind Wanderwege bleibend und bieten auch künftigen Generationen Naherholung in unserer abwechslungsreichen Natur. Die Meinungen über die Sinnhaftigkeit, diese Wege mit einer Hängebrücke zu verbinden, gehen allerdings weit auseinander.

### Die Demokratie lebt

Einmal mehr zeigte sich, dass Demokratie bei uns gelebt wird. Ansonsten wären die beiden Gemeindefeststellungen durch ergreifen des Referendums in Vaduz und Balzers wohl nicht zustande gekommen. Es bleibt zu hoffen, dass dieses wichtige Element der direkten Demokratie, nämlich als einfacher Bürger in das politische Geschehen eingreifen zu können, uns auch die nächsten 300 Jahre erhalten bleibt.

## du-Postulat zur Herstellung der Gleichbehandlung von Familien mit ausserhäuslich betreuten Kindern

von Erich Hasler  
und Herbert Elkuch

Inländische Familien, die auf eine ausserhäusliche Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind und diese in einer Kita oder bei einer Tagesmutter betreuen lassen, werden ungleich behandelt. Im Jahre 2011 verfügte noch die Regierung Tschüscher eine Deckelung der Ausgaben für Kita-Plätze, da die Kosten explodierten. Diese Deckelung mündete unter dem heute zuständigen Regierungsrat Pedrazzini in einer Beschränkung der Anzahl staatlich subventionierter Kita-Plätze. Familien, welche Kitaplätze nutzen, die nach 2011 entstanden sind, oder solche die bis dahin keine Subvention beantragten, werden nicht unterstützt. Dabei wäre es auch möglich gewesen, das für die Finanzierung der Kita-Plätze vorgesehene Steuergeld auf alle Familien in Liechtenstein, die auf eine ausserhäusliche Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind und einkommensschwach sind, gleichmässig zu verteilen. Die im Land praktizierte, allzu grosszügige Subventionierung einzelner Kita-Plätze hätte unsere Meinung nach eingeschränkt werden müssen. Subventionierte Kitas erhalten pro Platz und Jahr 15 000 Franken, auch für unbesetzte Plätze. Andere Kitas wiederum erhalten nichts, auch dann nicht, wenn die Plätze von Familien aus Liechtenstein genutzt werden. Andererseits erhalten teilweise Familien, die nicht in Liechtenstein wohnen, mit Steuergeld vergünstigte Kitaplätze. Das ist der heutige Stand.

### Paradiesische Zustände in Liechtenstein

Wer das Glück hat, sein Kind heute in einer staatlich subventionierten Kita betreuen lassen zu können, kann sich einer sehr grosszügigen Unterstützung gewiss sein. Eltern mit einem steuerbaren Einkom-

men von z.B. CHF 91'000 bezahlen gerade mal CHF 54.30 an die effektiven Kosten eines Kita-Platzes von CHF 107.36, währenddem z.B. im Kita-Verein KITAWAS der Gemeinden Wartau, Sargans, Mels und Vilters-Wangs bereits bei einem tarifbestimmenden Einkommen<sup>1</sup> von CHF 80'001.00 der maximale Tagessatz von CHF 89.25 für Bewohner der besagten Gemeinden zur Anwendung kommt. «Auswärtige» bezahlen immer den Volltarif von CHF 95.30.<sup>2</sup> Im Unterschied dazu werden in Liechtenstein Familien mit einem steuerbaren Einkommen bis zu CHF 169'000.00 und darüber hinaus unterstützt. Letzteres, weil der Volltarif, d.h. die Gestehungskosten von aktuell CHF 107.35 nie bezahlt werden müssen.

### Was fordert das Postulat?

- Alle inländischen Familien sind gleich zu behandeln, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte,
- Es sollen nicht mehr wie bisher die Kita-Plätze, sondern die von inländischen Familien bezogenen Leistungen sollen subventioniert werden (bekannt als «Subjektsubventionierung»),
- Familien, die ihr Kind bei einer Tagesmutter betreuen lassen, sollen ebenfalls in den Genuss von Subventionen kommen können,
- Keine Subventionierung von Familien mit sehr hohen Einkommen, und
- Das Amt für soziale Dienste (ASD) soll die Unterstützungsstufe festlegen.

### Gleichbehandlung aller inländischen Familien

Mit der Subventionierung von Kita-Plätzen kommen bislang auch im Ausland wohnende Familien in den Genuss von sehr günstigen, inländischen Kita-Plätzen. Dafür besteht absolut keine Notwendigkeit, zumal nicht einmal mit der Schweiz ent-

sprechendes Gegenrecht gilt. Dort bezahlen selbst Inländer, die nicht in den entsprechenden Gemeinden wohnen, den vollen Preis eines Kita-Platzes. Mit der vom Postulat geforderten und auch in der Schweiz verbreiteten Subjektsubventionierung, d.h. Subventionierung der von der Familie bezogenen Sachleistung, anstelle des Kita-Platzes, wird eine Gleichbehandlung aller inländischen Familien sichergestellt. Gleichzeitig haben alle Anbieter von Betreuungsplätzen die gleich langen Spiesse, da der Staat jeweils die Differenz zwischen dem von der Familie zu leistenden Beitrag und den festgelegten Kosten eines Kita-Platzes bezahlt. Dieser Differenzbetrag soll die jeweilige Kita direkt vom Staat erhalten. Der Elternbeitrag würde also nicht mehr die Kita festlegen, sondern auf Ansuchen der Eltern legt das Amt für Soziale Dienste sowohl den Elternbeitrag als auch die Subvention an die Fremdbetreuungsinstitution fest. Der Elternbeitrag soll sich nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie den familiären Verhältnissen richten.

### Tagesmütter aufwerten

Die Betreuung von Kindern durch Tagesmütter hat bisher ein Nischendasein gefristet. Dies soll sich nach unserer Meinung ändern, da nicht die Betreuungsform ausschlaggebend sein darf, sondern die Bedürftigkeit der Familie. Die Familie, die auf eine Fremdbetreuung angewiesen ist, soll dabei die Wahl haben, ob sie ihr Kind in einer Kita oder von einer Tagesmutter betreuen lassen will. Tagesmütter sind oft auch flexibler als Kitas, sowohl zeitlich als auch im Umfang der Leistung.

**Datenschutz und Vorbeugung gegen Missbrauch und Ungleichbehandlung**  
Heute legt der Kita-Verein fest, wie hoch die Unterstützung für eine Fa-

milie sein soll. Allerdings hat der Kita-Verein berechtigterweise keinen direkten Zugriff auf die Steuerdaten, sowie Vermögens- und familiären Verhältnisse der Familien. Aus Gründen des Datenschutzes und zur Vorbeugung gegen Missbrauch und Ungleichbehandlung soll das Amt für Soziale Dienste die Höhe der Unterstützung für alle Familien festlegen.

### Was macht Regierungsrat Pedrazzini?

- Er verweigert vielen inländischen Familien, die ihre Kinder in staatlich anerkannten Betreuungseinrichtungen betreuen lassen, eine staatliche Unterstützung, ohne dass diese Familien sich etwas zu Schulden kommen lassen.
- Er unternimmt seit seinem Amtsantritt nichts gegen die ungeheuerliche Ungleichbehandlung liechtensteinischer Familien in punkto staatlicher Unterstützung.
- Er will die staatliche Unterstützung für Fremdbetreuung nicht auf in Liechtenstein wohnhafte Familien beschränken.
- Er will auch in Zukunft die Familien mit sehr hohen Jahreseinkommen von mehreren hunderttausend Franken im Jahr die Fremdbetreuung subventionieren, anderen wiederum, die auf Unterstützung angewiesen werden, wird die Unterstützung verweigert.
- Und er hat sich in eine zentralistische Struktur eines staatlich subventionierten Kita-Vereins, der bald alles kontrolliert, verbissen.

So geht das nicht weiter. Da muss etwas unternommen werden, um den Riegel zu stossen.

### Das Fundament des Staates

Wir setzen uns für die Förderung aller Familien ein, unabhängig davon, ob die Kinder durch die Eltern selbst oder ausserhäuslich betreut werden. Familien sind das Fundament unseres Staates und der Wirt-

## ...Medienförderung

Fortsetzung von Seite 3

### Volk soll entscheiden

Die 30 Millionen Franken, die bisher im Staatsradio versickert sind, müssen genug sein. Das Volk muss endlich ein Wort bei der zukünftigen Ausrichtung der Medienförderung und der Subventionierung des Staatsradios (gesamthaft ca. CHF 4 Millionen jährlich) mitreden. Dies kann geschehen, wenn der zukünftige Finanzbeschluss des Landtags für die neue Infrastruktur von Radio Liechtenstein über CHF 2 Mio. dem Volk vorgelegt wird. Wenn eine Mehrheit im Landtag nicht dafür zu haben ist, muss das Referendum ergriffen werden, damit man anschliessend die Medienförderung neu und vernünftig ordnet und gleichzeitig viel Geld spart.

schaft. Familien tragen zur Wahrung der nationalen Identität bei. Familien müssen weit mehr gewürdigt und geschätzt werden.

Von den ökonomischen Erfolgen der Wirtschaft überrollt, wurde die Familienpolitik zu sehr vernachlässigt. Eine grosszügige Zuwanderungs- statt Familienpolitik, unbedacht der sozialen Entwicklung, allein auf kurzfristige, ökonomische Belange ausgerichtet, kann langfristig zum Verlust der Selbstbestimmung führen

<sup>1</sup> Beim tarifbestimmenden Einkommen wird u.a. 20% des steuerbaren Vermögens zum steuerbaren Einkommen dazugezählt

<sup>2</sup> Verein KITAWAS der Gemeinden Wartau, Sargans, Mels und Vilters-Wangs